Protokoll

**der 6.Sitzung des Ausschusses für Gesundheit
der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf
von Berlin
am 25. November 2002**

Beginn: 16:35 Uhr Ende: 18:05 Uhr

Anwesende: siehe Anlage

Der Vorsitzende **Herr BV Fengler** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 0 – Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde

Zur Bürgerfrageviertelstunde sind Bürger erschienen, es liegen jedoch keine Fragen für den Ausschuss vor.

TOP 1 – Wahl eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt. Für die heutige Sitzung wird Herr Platzeck als Schriftführer gewählt.

TOP 2 – Genehmigung der Protokolle vom 26.08.2002 und 23.09.2002

Die Protokolle werden in der vorliegenden Form angenommen.

TOP 3 – Vorstellung des Bereichs Gesundheitshilfe und Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche

siehe Anlage

TOP 4 – Anträge

TOP 4.1 Einrichtung für junge chronisch Kranke mit Pflegebedarf Drucksache: 0349/II (SPD, GRÜNE)

Das Bezirksamt hat eine Anlage zum Protokoll versandt. Der Ausschußvorsitzende weist auf den Sitzungstermin des Psychiatriebeirates am 04.12.2002 hin.

BV Platzeck regt an, den Antrag zunächst zurückzustellen.

BV Bösener reicht folgenden Änderungsantrag ein:

„Das BA wird ersucht, sich für Verbesserungen bei der Versorgung junger chronisch psychisch Kranker mit Pflegebedarf einzusetzen, um dem Einzelfall besser gerecht zu werden. Dabei sind vor allem die bezirklichen Psychiatriegremien aber auch Angehörige einzubeziehen. Da der Bedarf für den Bezirk allein vermutlich relativ gering sein dürfte, sollte je nach Ergebnis einer Bedarfsanalyse die Zusammenarbeit mit benachbarten Bezirken bzw. psychiatrischen Versorgungsregionen angestrebt werden."

BV von Hirschhausen regt an, die Stellungnahme des Psychiatriebeirates abzuwarten.

Der Antrag wird auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 5 - Bericht über die Häufigkeit von Hundebissen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf

BzStR Laschinsky berichtet, dass das Veterinäramt keine besondere „Hundebiß-Statistik" führe, sondern Vorfälle, in denen Hunde verwickelt sind, erfasst werden.

Gegenüber dem Jahr 2001 (= 201 Vorfälle) sind bis zum 20.11.2002 lediglich 126 Vorfälle, und zwar

67 Vorfälle gegen Menschen
53 Vorfälle gegen Menschen und Tiere
6 Vorfälle Tier gegen Tier

angezeigt worden.

In der Rasseverteilung ist nach wie vor eine überproportionale Gefährdung durch Schäferhunde und Rottweiler bzw. deren Kreuzungen (31 bzw. 13 Vorfälle) zu verzeichnen.

Gefährliche Hunde i. S. d. Katalogs in § 3 Abs. 1 HundeVO seien 9 mal auffällig geworden.

In diesem Zusammenhang erläutert er die durch Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts und des Verwaltungsgerichts Berlin eingetretene Rechtslage.

Die 14. Kammer schließt sich in einer Entscheidung vom 21.11.2002 den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts vom 3. Juli 2002 an, wonach der Verordnungsgeber ohne ausdrückliche Ermächtigung durch den Landesgesetzgeber nicht befugt sei, allein an die Zugehörigkeit von Hunden zu bestimmten Rassen anzuknüpfen.

§ 55 des Allgemeinen Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin ermächtige den Verordnungsgeber lediglich dazu, Verordnungen zur Abwehr (abstrakter) Gefahren zu erlassen. Denn diese polizeirechtliche Verordnungsermächtigung verwende denselben traditionellen Gefahrenbegriff wie diejenige des Landes Niedersachsens.

Die Entscheidung der 14. Kammer stellt demnach klar, dass der Verordnungsgeber für die Frage der Gefährlichkeit der Hunde mangels gesetzlicher Ermächtigung nicht an die Zugehörigkeit zu bestimmten Rassen anknüpfen durfte.

TOP 6 – Ergebnisse der Gesundheitskonferenz 2001

BzStR'in Otto weist darauf hin, dass sie diesen Tagesordnungspunkt vorgeschlagen habe, um den Ausschußmitgliedern die Möglichkeit zu geben, Informationen darüber zu erhalten, welche Konsequenzen und welche Umsetzungen von Ideen, die in der Konferenz im September vergangenen Jahres festgehalten wurden, realisiert werden konnten.

Frau Dr. Erdmann, Ges L 1, weist auf die Dokumentation der Gesundheitskonferenz hin und erinnert, dass diese vor dem Hintergrund des Bedarfes an stärkerer Vernetzung aller in der Gesundheitsförderung und –versorgung von Kindern und Jugendlichen Tätigen stattgefunden habe. Insbesondere sei in den vier Arbeitsgruppen die Problematik eingehend erörtert worden und als Ergebnis bestimmte Forderungen festgehalten worden. Zu der Arbeitsgruppe 1 mit dem Thema: Ist die medizinische Versorgung im ambulanten, teilstationären Bereich von Kindern und Jugendlichen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf bedarfsgerecht? ist als Ergebnis genannt, dass vor dem Hintergrund des drastischen Abbaus von pädiatrischen Betten in der Region der Erhalt der Kinderklinik am UKBF für erforderlich gehalten wurde sowie die Wiedereinrichtung eines Lehrstuhles für Kinderchirurgie und vor allem die Möglichkeit des fachlichen Dialoges zwischen allen, die an der gesundheiltichen Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Südwesten der Stadt beteiligt sind, zu ermöglichen. Die Einrichtung regionaler Gesprächsrunden wurde vorgeschlagen.

Durch die Veränderung der medizinischen Hochschullandschaft Berlins, insbesondere am Standort Steglitz – UKBF wird zum jetzigen Zeitpunkt deutlich, dass diese Forderungen nicht aufrecht erhalten werden können. Auf die Empfehlungen zu den Strukturreformen in der Berliner Hochschulmedizin (Papier der Expertenkommission) wird in diesem Zusammenhang hingewiesen, in dem vorgeschlagen wird, die Abteilungen für Neonatologie und allgemeine Pädiatrie am Standort Steglitz aufzugeben und das universitäre „Mutter-Kind-Zentrum" am Virchow-Klinikum zu konzentrieren. Gleichzeitig soll die geburtshilfliche Abteilung des UKBF aufgegeben werden. Offen bleibt, ob der Wissenschaftsrat, der zur Zeit diese Empfehlungen prüft, den Vorschlägen folgen wird.

Unabhängig davon wird die Problematik in den regionalen Gesprächsrunden, die von der allgemeinen pädiatrischen Abteilung des UKBF federführend organisiert werden, erörtert. Neben den Kollegen aus den stationären pädiatrischen Bereichen nehmen an diesen Runden niedergelassenen Kinderärzte teil sowie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem hiesigen Gesundheitsamt und weitere an der Versorgung des speziellen Klientels Beteiligter. Unter anderem stehe im Mittelpunkt der Diskussionen die Überlegung, ein Netzwerk im Sinne eines pädiatrischen Verbundes – Vernetzung von Kinderkliniken sowie von niedergelassenen Kinderarztpraxen im Sinne eines Ped Net Süd-West zu schaffen.

Vor dem Hintergrund der veränderten Situation aufgrund der Empfehlungen der Expertenkommission muß mit Sicherheit nach der Entscheidung des Wissenschaftsrates eingegangen werden.

TOP 7 – Kurzer Überblick über das Gutachten der Expertenkommission zur Strukturreform der Berliner Hochschulmedizin

Zu diesem Tagesordnungspunkt führt **BzStR Otto** aus, dass seit Oktober dieses Jahres die Empfehlungen der vom Berliner Senat eingesetzten Expertenkommission zur Strukturreform in der Berliner Hochschulmedizin vorliegen würden. Diese Empfehlungen würden zur Zeit vom Wissenschaftsrat geprüft, der dann im Januar nächsten Jahres dazu Stellung nehmen wird, ob die in dem Papier gemachten Vorschläge in der Realität so umgesetzt werden können. Von daher könne zum jetzigen Zeitpunkt den Ausschußmitgliedern eine Zusammenfassung des 126 Seiten umfassenden Empfehlungspapier dargestellt werden, eine inhaltliche fachliche Diskussion werde jedoch erst nach abschließender Prüfung des Wissenschaftsrates im Januar für sinnvoll gehalten.

Frau Dr. Erdmann, Ges L 1 , führt aus, dass eine grundlegende Neuorganisation der Berliner Hochschulmedizin vor dem enormen Einsparvolumen in diesem Bereich erforderlich wurde. Daher hat die Expertenkommission empfohlen, ein neu gestaltetes, der Forschung und Lehre verpflichtetes Universitätsklinikum zu schaffen. Das neue Universitätsklinikum verteilt sich auf die drei Standorte Charité (Mitte), Virchow-Klinikum (Wedding) und Benjamin-Franklin (Steglitz). Langfristig empfiehlt die Kommission die Konzentration in Mitte und Steglitz und die Aufgabe des Standortes am Virchow-Klinikum. Die neue medizinische Falkultät und das neue Universitätsklinikum bilden das Zentrum Universitäre Medizin Berlin (ZUMB) und ist beiden Universitäten HU und FU zugeordnet.

Das neue Universitätsklinikum soll sich auf acht Kernkompetenzen – wissenschaftliche Schwerpunkte und klinische Zentren – konzentrieren. So soll sich am Campus Charité Mitte ein wissenschaftlicher Schwerpunkt Neurowissenschaften etablieren neben einem wissenschaftlichen Schwerpunkt Immunpathologische Erkrankungen. Daneben soll ein klinisches Zentrum mit dem Schwerpunkt Stütz- und Bewegungsapparat mit Traumabehandlung entstehen. Weiterhin soll an diesem Standpunkt ein ambulantes und kurzzeitstationäres Therapiezentrum (Akuth) entstehen.

Am Campus Virchow-Klinikum empfiehlt die Kommission ein klinisches Zentrum „Transplantationsmedizin“ einzurichten sowie ein Mutter-Kind-Zentrum zu schaffen.

Am Campus Dahlem – Steglitz soll ein wissenschaftlicher Schwerpunkt: „Kardiovaskuläre Erkrankung“ entstehen sowie ein Bereich „Hämato-Onkologie“. Bei Umsetzung dieser Vorschläge weist die Expertenkommission darauf hin, daß dabei folgende Strukturmodelle diskutiert werden müssen:

- Unikatstandort bei Abteilungen, die in erster Linie Aufgaben in Forschung und Lehre erfüllen,
- Mehrfachangebote mit separater Leitung werden empfohlen, wenn dies aus Gründen der Forschung oder aus Gründen der Versorgung erforderlich oder ratsam erscheint
- im Unterschied zu Mehrfachangeboten sollen sogenannte Standbein-/Spielbeinlösungen an mehreren Standorten vertreten sein, wobei das Standbein die wissenschaftliche Ausrichtung vorgibt, während das Spielbein klinische Servicefunktionen übernimmt. Beide Einrichtungen sollen dann unter gemeinsamer Leitung stehen.

Eine wesentliche Veränderung für den Standort UKBF wird durch die Schaffung des Mutter-Kind-Zentrums am Virchow-Klinikum ergeben. So soll in Steglitz die Abteilung für Neonatologie und die Abteilung Allgemeine Pädiatrie aufgegeben werden und in dem universitären Mutter-Kind-Zentrum am Virchow-Klinikum konzentriert werden. Mit der Auf-

gabe der geburtshilflichen Bereiches soll sich die Versorgung am Klinikum Benjamin-Franklin auf die gynäkologisch-onkologische Aufgabe konzentrieren.

Herr Platzeck weist darauf hin, daß zum Ende des Jahres ein Kooperationsvertrag zwischen der FU Berlin und dem bisherigen Oskar-Helene-Heim, an dem der Lehrstuhl für Orthopädie der FU angesiedelt war, auslaufen würde. Bis jetzt sei die orthopädische-universitäre medizinische Versorgung am Standort jetzt Emil-von Behring-Klinik durchgeführt worden. Aus dem Expertengutachten gehe hervor, dass die Planungen des UKBF dahingehen, nach Auslaufen der Kooperation mit dem Behring-Krankenhaus auch selbst die erforderliche orthopädische Versorgung zu übernehmen. Herr Platzeck befürchtet, dass damit eine Versorgungslücke in dem orthopädisch-chirurgischen Bereich für die Region entstehen könne, insbesondere durch einen speziellen Bettenabbau für diesen Bereich im Behring-Krankenhaus.

Frau Otto führt dazu aus, dass der ärztliche Direktor des Emil-von Behring-Krankenhaus nicht von einer Bettenreduzierung ausgehen würde, selbst bei veränderter Aufgabenwahrnehmung, sondern dass weiterhin die orthopädische Versorgung von Patienten im bisherigen Umfang am Standort Behring-Krankenhaus durchgeführt werden könnte. Aus Sicht von Frau Otto müsse auch hier zunächst abgewartet werden, ob der Wissenschaftsrat diesen Empfehlungen Folge leistet und eine Fortführung des bisherigen Kooperationsvertrages weiter nicht zustande kommt.

Vor dem Hintergrund der speziellen Strukturreform im Berliner hochschulmedizinischen Bereich soll sich die Anzahl der Universitätsbetten nach Hinsicht der Kommission von zur Zeit 3471 auf 2200 reduzieren. Weitere Einsparmöglichkeiten ergeben sich auch unter anderem durch die Zusammenlegungen beider Zahnkliniken, die dann zum Zentrum für universitäre Medizin Berlin gehören und als eine Zahnklinik am bisherigen FU-Standort Aßmannshauser Straße zusammengeführt werden.

Aus den Empfehlungen der Kommission ist weiterhin zu ersehen, dass die Anzahl der Ausbildung der Medizinstudenten nicht wesentlich reduziert wird, man geht weiterhin von 600 studentischen medizinischen Ausbildungsplätzen aus.

TOP 8 - Bericht aus dem Bezirksamt (Mit einem Bericht aus dem Kuratorium der Zentralklinik Emil-von-Behring (nicht öffentlich)

(Protokolltext nicht im Internet)

TOP 9 - V e r s c h i e d e n e s

Der nächste Ausschußtermin wäre der 27. Januar 2003. An diesem Tag findet sich zeitgleich das Kuratorium statt. Der Ausschußvorsitzende kann daher zu diesem Zeitpunkt noch keinen konkreten Sitzungstermin bekanntgeben.

Ausschussvorsitzende:	BV Fengler
Schriftführer für die heutige Sitzung:	BV Platzeck
Protokoll:	Frau Schreiber

Ges 5000

Berlin, den 03.12.2002

Protokollnotiz zur 6. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit (25.11.2002)

TOP 3

Vorstellung des Bereichs „Gesundheitshilfe und Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche"

Kennzeichnend für den Bereich – Ausnahme Zahnärztlicher Dienst – ist die Arbeit in multiprofessionellen Teams, die sich aus ärztlichen und sozialpädagogischen Berufsgruppen zusammensetzen. Er ist aus folgenden Dienststellen zusammengesetzt:

1. Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
   9 Teams arbeiten an 6 Standorten:
   9 Ärzte/Ärztinnen mit Arzthelferinnen
   13 Sozialpädagogen und –innen

   Aufgabenbereich:
   Ärztliche Untersuchungen insbesondere zur Einschulung, in der 10. Klasse nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz, subsidiär und sozialkompensatorisch vor Aufnahmen in Kitas, Impfungen, sozialpädiatrische und sozialpsychologische Gutachten, präventive Beratung von Kindern, Eltern, Jugendlichen, Lehrern und Erziehern, psychosoziale Begleitung von Familien in schwierigen Lebenslagen, Erstkontakte zur frühzeitigen Erkennung gesundheitsschädigender Risikofaktoren bei Säuglingen.

   2001:

   1500 Erstkontakte
   2800 Einschuluntersuchungen
   2000 JAG-Untersuchungen
   2400 Untersuchungen in Kitas
   1800 Untersuchungen in den Sprechstunden
   2100 Impfungen
   2000 Gutachten
   550 Kinder mit intensiver Begleitung

2. Gemeinsame Beratungsstelle für Risikokinder (im Verbund mit dem UKBF, überbezirklich) und Therapeutischer Bereich

   4 Kinderärztinnen/ärzte
   1 Sozialpädagogin
   15 Physiotherapeutinnen
   6,75 Ergotherapeutinnen

   Aufgabenbereich:
   Nachsorge mit Diagnostik und Beratung von Früh- und Neugeborenen mit Risikoanamnese
   Wissenschaftliche Datenerhebung

   2001:

   1058 Untersuchungen bei 797 betreuten Kindern
   1050 Therapeutisch betreute Kinder (40 % Schule, 20 % Kita, 40 % ambulant)

3. Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst und Beratungsstelle für Sprachbehinderte (überbezirklich)

   2 Kinder- und Jugendpsychiaterinnen
   4 Psychologen
   2 Sozialpädagogen
   8 Logopädinnen (teilzeitbeschäftigt)

   Aufgabenbereich:

   Kinder- und Jugendpsychiatrische Diagnostik und Beratung,
   Vermittlung von Therapien,
   Krisenintervention,
   Logopädische Diagnostik und Behandlung

   2001:

   420 Neuvorstellungen im KJPD

4. Zahnärztlicher Dienst

   6 Zahnärztinnen an 2 Standorten

   Aufgabenbereich:

   Zahnmedizinische Individual- und Gruppenprophylaxe
   Bürgerberatung in zahnmedizinischen Fragen

   2001:

   36000 Gruppenprophylaxe
   27500 Zahnmedizinische Vorsorgeuntersuchung
   615 Zahnmedizinische Individualprophylaxe
   622 Gutachten

Im Jahr 2002 hat eine örtliche Zusammenführung zahlreicher Dienststellen in die Potsdamer Straße stattgefunden: Hier befinden sich jetzt 3 Stellen des KJGD, Zahnärztlicher Dienst und Risikoberatungsstelle.

TOP 6

Ergebnisse der Gesundheitskonferenz 2001:

AG II: **Der präventivmedizinische Beitrag es öffentlichen Gesundheitsdienstes an der Versorgung von Kindern und Jugendlichen in der Region Südwest**

Es hat sich eine AG Adipositasprävention gebildet, die mit überbezirklicher Beteiligung (u. a. Uni Potsdam, Charité, Landessportbund, Krankenkassenvertretern, niedergelassenen Kinderärzten, Vertretern aus verschiedenen Schulen) zweimal getagt hat. Daraus wurde ein Projekt entwickelt, das im Schuljahr 2004 an 2 Schulen starten soll. Dieser Zielgruppe soll über einen Zeitraum von 4 Jahren in der Schule verschiedene Interventionsmaßnahmen (Bewegung, Unterrichtseinheiten zu Ernährung und Essverhalten, Elternabende) angeboten werden. Die Entwicklung von Körpergewicht, Ess- und Freizeitverhalten soll untersucht werden.

AG III: **Bildung eines regionalen Verbundes zur Betreuung von Behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern und Jugendlichen, eine Vision für die Zukunft**

Aufgrund organisatorischer Probleme (Umzug der Risikoberatungsstelle in die Potsdamer Str., grundsätzliche Schwierigkeiten zur Erhebung von Daten behinderter Kinder und des Betreuungsbedarfes) hat sich bisher kein arbeitsfähiges „Netzwerk Behinderung" gebildet. Es ist geplant, in der PsychAG eine entsprechende Arbeitsgruppe zu bilden.

AG IV: **Stand- und Perspektiven der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Versorgung in der Region Südwest**

Im 2. Quartal 2003 wird im St. Josef Krankenhaus eine kinder- und jugendpsychiatrische Abteilung (20 teilstationäre und 20 stationäre Betten) eröffnet, die Ambulanz beginnt ihre Tätigkeit bereits im Januar 2003. In sechswöchigen Abständen trifft sich regelmäßig die AG Südwest (Vertreter aus KJPD Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg, Schulpsychologie und Krankenhaus Wiesengrund) zur inhaltlichen Planung und Absprache.

Dr. Schwartz-Bickenbach